



**CDU**



**Freie  
Demokraten**  
Rhein-Kreis  
Neuss **FDP**

---

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den  
Landrat des Rhein-Kreises Neuss  
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke  
Oberstraße 91  
41460 Neuss

29. November 2016

## **Antrag für die Sitzung des Kreisausschusses am 13. Dezember 2016**

### **Zukunft der Schulsozialarbeit im Rhein-Kreis Neuss**

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

die Kreistagsfraktionen von CDU und Freien Demokraten bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 13. Dezember 2016 zu setzen.

### **Antrag**

Der Kreisausschuss

- bittet die Verwaltung, über die Tätigkeits- und Einsatzfelder der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter (BuT) im Rhein-Kreis Neuss zu berichten.
- bittet den Landrat des Rhein-Kreises Neuss, mit der Landesregierung Gespräche über die Zukunft der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter im Rhein-Kreis Neuss aufzunehmen.
- erwartet von der Landesregierung, dass diese die Kosten der Schulsozialarbeit – im Falle ihrer Fortführung – vollständig übernimmt.

-1-

## Begründung

Die Finanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) hat die Bundesregierung befristet bis Ende 2013 sichergestellt.

Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles (SPD), hat daraufhin im Februar 2014 gegenüber der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen dargelegt, dass die Zuständigkeit für die Schulsozialarbeit nach der verfassungsrechtlichen Kompetenzordnung nicht beim Bund, sondern bei den Ländern liegt.

Anstatt die BuT-Stellen zu entfristen und die Kosten der Schulsozialarbeit vollständig zu übernehmen, hat die rot-grüne Landesregierung im Dezember 2014 entschieden, die Befristung bis Ende 2017 fortzuführen. Die Kreise und kreisfreien Städte wurden dazu verpflichtet, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Der Eigenanteil des Rhein-Kreises Neuss beträgt seitdem 40% der Kosten.

Die rot-grüne Landesregierung hat noch keine Entscheidung zur Fortführung der Schulsozialarbeit nach 2017 getroffen. Gleichzeitig haben die Schulen im Rhein-Kreis Neuss dargestellt, dass ein Bedarf nach Schulsozialarbeit besteht. Sie haben daher gemeinsam mit den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern einen Wunsch nach Planungssicherheit geäußert.

Da die Verantwortung für den Bildungsbereich beim Land liegt, ist die rot-grüne Landesregierung in der Pflicht, eine zeitnahe Entscheidung zur Zukunft der Schulsozialarbeit zu treffen. Diese muss die Zusage enthalten, die Finanzierung der Schulsozialarbeit, wie bei Schulpersonal üblich, vollständig zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter W. Welsink  
Vorsitzender der  
CDU-Kreistagsfraktion  
im Rhein-Kreis Neuss



Rolf Kluthausen  
Vorsitzender der  
FDP-Kreistagsfraktion  
im Rhein-Kreis Neuss